

## **Flexible Betreuungsangebote im Vorschulalter**

Abgeordnetenhaus von Berlin 17. Wahlperiode Seite 3355 Plenarprotokoll 17/34 29. August 2013

**Ifd. Nr. 4.2:**

**Priorität der Piratenfraktion**

**Tagesordnungspunkt 36**

**Flexible Betreuungsangebote im Vorschulalter**

Antrag der Piratenfraktion Drucksache 17/1112

Für die Beratung steht den Fraktionen eine Redezeit von bis zu fünf Minuten zur Verfügung. Es beginnt die antragstellende Fraktion. – Die Kollegin Graf hat das Wort. – Bitte schön!

**Susanne Graf (PIRATEN):**

Sehr geehrtes Präsidium! Liebe Damen und Herren! Eine Mutter hat zwei Kinder und ist Bereichsleiterin im Einzelhandel. Samstags muss sie arbeiten. Ein Verkäufer muss bis 20 Uhr, manchmal sogar bis 24 Uhr arbeiten.

**Vizepräsident Andreas Gram:**

Frau Kollegin! Darf ich einen Moment unterbrechen? – Meine Herrschaften! Ich bitte, jetzt die Gespräche einzustellen. Die Aufmerksamkeit gilt der Rednerin. – Bitte schön!

**Susanne Graf (PIRATEN):**

Danke schön! – Ein Krankenpfleger muss im Schichtdienst arbeiten. Das alles sind Eltern, und sie stehen vor der gleichen Herausforderung, Beruf und Familie zu koordinieren. Hier müssen wir als Staat die Eltern entlasten. Das Problem dabei ist, dass der aktuelle Bedarf an Betreuungsmöglichkeiten, die über die regulären Öffnungszeiten hinausgehen, nur auf Schätzungen beruht. Darum brauchen wir hier verlässliche Zahlen. Die Familien suchen außerdem nach alternativen Möglichkeiten, weil es eben diese Möglichkeiten so, wie sie gebraucht werden, noch nicht gibt, auch hier. Das muss dabei berücksichtigt werden, wenn man von Zahlen redet. Die Probleme sind aber wirklich da, da es die Situation, wie oben beschrieben, gibt.

Welche Möglichkeiten von zeitlich flexiblen Angeboten in Tagespflegestellen und in Familienzentren können geboten oder ausgebaut werden? Welcher Bedarf an zusätzlichen Kitaplätzen, zusätzlichen Betreuungsstunden und Personalzuschüssen für jede Kita besteht? Wie kann man das Ganze finanzieren? Das sind Fragen, die wir nun an den Senat stellen möchten, die er uns bitte bis zum Ende des Jahres beantworten möge.

Der Handlungsbedarf besteht auf jeden Fall. Dies können wir auch einer themennahen Kleinen Anfrage entnehmen. Dort schreibt der Senat von einem Konzept zur Umsetzung flexibler Kinderbetreuung. Ich darf vorlesen:

*ten Betreuungszeiten stimmen sich Jugendamt und freie Träger im Rahmen der Jahresplanung dahin gehend ab, dass regionale Kitas die erforderlichen Öffnungszeiten vorhalten. Insofern sind die Voraussetzungen zur Bestimmung bedarfsgerechter Öffnungszeiten erfüllt und finden auf alle*

### *Kindertageseinrichtungen des Landes Berlin Anwendung.*

Tatsache ist jedoch, dass wir dennoch Eltern haben, die keine entsprechende Betreuungsmöglichkeit zur Verfügung haben. Der Senat beantwortet das sogar gleichzeitig, indem er sich auch bisschen selbst widerspricht, indem er sagt:

*Eine dauerhafte Finanzierung zur Sicherung der Versorgung mit flexibler Kinderbetreuung kann jedoch nicht gewährleistet werden.*

Warum sorgen wir dann nicht dafür, dass es gewährleistet werden kann? Wollen wir die Eltern hier einfach im Stich lassen? Das Zeitalter, in dem man sich zwischen Familie und Beruf entscheiden musste, wollten wir doch eigentlich hinter uns lassen, oder?

[Vereinzelter Beifall bei den PIRATEN]

Regulär dürfen Kitas in Berlin von 6 bis 21 Uhr geöffnet haben. Berlinweit nutzen dieses Angebot aber nur ganze 13 Kitas, viele davon auch nur, wenn der Bedarf vorher angemeldet wurde und nicht regelmäßig. Andere haben bis 18 oder 19 Uhr offen, und selbst das sind unter anderem schon Öffnungszeiten, die relativ lang sind, denn 17 Uhr ist eher die Regel. Berlin ist eine Stadt mit modernen Eltern, die auch ihrem Beruf nachgehen wollen. Ebenso modern müssen auch wir sein und ihnen diese Möglichkeiten schaffen.

[Beifall bei den PIRATEN – Vereinzelter Beifall bei der LINKEN]

### **Vizepräsident Andreas Gram:**

Vielen Dank, Frau Kollegin Graf! – Für die Fraktion der SPD erteile ich jetzt das Wort dem Kollegen Eggert. – Bitte schön!

### **Björn Eggert (SPD):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Graf! Ein wichtiges Thema haben die Piraten heute zur Priorität gemacht, und das begrüße ich. Flexible Betreuungsangebote von Kindern im Vorschulalter und daraus die Bedarfe abzuleiten, dieser Bedarf ist da, und ich folge Ihrer Begründung in vielen Punkten und vor allen Dingen auch in den Teilen, in denen Sie die Familienberichte zitieren, die eine steigen-de Zahl und einen steigenden Bedarf darstellen. Flexible Betreuung von Kindern ist wichtig für die Menschen – Sie haben es gerade dargestellt –, die im Schichtdienst arbeiten oder Bereitschaftsdienst leisten möchten. Aber auch für Menschen, die in Fortbildung sind oder – und das, glaube ich, kennen wir hier auch alle ganz gut – die an Gremiensitzungen teilnehmen, sind solche flexiblen Öffnungszeiten in der Kita sehr wichtig. Zudem benötigen diese Eltern flexible Angebote, die vielleicht ein bisschen weiter gehen als das, was im Kitaförderungsgesetz als regulär aufgeführt ist. Ich finde es sehr richtig, dass wir an dieser Stelle, hier auf der Tagesordnung, dieses Thema diskutieren und dass wir das auch, und darauf haben wir uns schon geeinigt, auch in einem der nächsten Ausschüsse tun werden.

Wenn ich die Begründung und auch die drei Punkte sehe, die zu prüfen sind, sehe ich doch noch den einen oder anderen Punkt, den wir noch einmal intensiver beraten sollten. Lassen Sie mich hier und heute nur wenige Punkte aufgreifen, da es Konsens ist – wie ich eben schon sagte –, dass wir das Ganze noch einmal im Jugend-, Bildungs- und Familienausschuss beraten werden.

Der Bedarf ist da und wird auch von uns als Koalition gesehen und, ich glaube, vom Senat auch. Das haben wir ja gerade schon gehört, was sich auch aus der Beantwortung der Fragen, die die Opposition gestellt hat, ableiten lässt.

[Martin Delius (PIRATEN): Aber!]

Wenn ich Ihre Begründung lese – passt hier gar nicht, steht auch gar nicht in meinem Manuskript, aber das „Aber“ nehme ich auf. – Danke, Herr Delius! – Ich stelle mir die Frage: Ist es wirklich so, dass wir nur ein Informationsdefizit haben, oder gibt es bereits Betreuungsangebote, und wir wünschen uns nur noch eine flexiblere Ausgestaltung? Ich sehe, dass wir in Berlin bereits ein Angebot haben. Wir müssen natürlich darüber reden: Wie wird es ausgebaut, und welche Möglichkeiten gibt es, es noch mehr auf die Bedürfnisse der Eltern einzurichten?

Wenn ich mir das angucke, dass sozusagen überwiegend auf das Informationsdefizit abgehoben wird, zumindest lese ich so Ihre Begründung, dann muss ich dem natürlich widersprechen. Das Haus von Frau Scheeres ist bereits seit längerer Zeit aktiv um Aufklärung bemüht. Auch im Familienbeirat – Sie sind selber Mitglied – war dieses schon mehrfach Thema, und wir haben über die Flexibilisierung dieser Angebote bereits geredet. Das Ganze zitieren Sie auch in Ihren Texten. Sie sehen, das Thema wird schon behandelt.

Ich finde – und das ist ein wichtiger Punkt –, ich habe zwei- bis dreimal lesen müssen, um zu verstehen, wie das mit dem Gespräch mit der Gewerkschaft gemeint war. Im ersten Ansatz dachte ich, es ginge hier vor allen Dingen darum, mit der Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerseite zu sprechen, welche Bedürfnisse da sind. Dann ist mir aufgefallen, in der Form der Begründung, dass es Ihnen vor allen Dingen darum geht, mit der GEW oder Verdi darüber zu verhandeln, inwieweit das zusätzliche Angebot aus Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmersicht von den Beschäftigten in der Kita geleistet werden kann. In beiden Fällen muss ich ganz ehrlich sagen, allein nur der Fokus auf die Gewerkschaften ist mir zu wenig, denn ich sage, das ist eine Verpflichtung, die auch von Arbeitgeberseite getroffen werden muss und vor allen Dingen von denjenigen, die die Eltern beschäftigen, die dieses Angebot annehmen wollen. Ich weiß, und das wissen Sie auch, die IHK, die Vereinigung der Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg und auch die Handwerkskammer sind an diesem Thema interessiert. Wir haben das, wie gesagt, im Berliner Familienbeirat auch schon mal besprochen. Ich bin aber nicht nur der Meinung, sie sollten interessiert an diesem Thema sein, ich bin der Meinung, es ist ihre Pflicht, hier zusätzlich zu dem, was der Senat anbietet und was freie Träger anbieten, auch mit einzusteigen.

[Beifall bei der SPD und der CDU]

Wer sich aus Arbeitgebersicht auf der einen Seite über Fachkräftemangel und fehlende Flexibilität von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern beschwert, der muss auf der anderen Seite dafür sorgen, dass Rahmenbestimmungen so gemacht werden, dass – Frau Graf, Sie haben es richtigerweise gesagt – beide Teile einer Familie arbeiten können und dass alle Menschen, die Arbeit haben möchte, sie aufnehmen können. – Den Rest werden wir im Ausschuss besprechen. Frau Graf! Ich danke Ihnen noch einmal für die Initiative, dass wir dazu beraten. – Vielen Dank! Eine schöne Beratung! Tschüss!

[Beifall bei der SPD und der CDU]

### **Vizepräsident Andreas Gram:**

Vielen Dank, Herr Kollege Eggert! – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erteile ich jetzt das Wort der Kollegin Burkert-Eulitz. – Bitte schön!

### **Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Berlin ist Spitzenreiterin in vielen Bereichen. Berlin ist leider die deutsche Hauptstadt der Kinderarmut. Das liegt vor allem daran, dass die Berliner Familien einkommensarm sind. Berlin ist auch die Hauptstadt der Alleinerziehenden. Alleinerziehende Eltern sind besonders stark von Armut betroffen und befinden sich in einer Armutsfalle, der dauernden Abhängigkeit von sozialen Transferleistungen, aus der sie kaum herauskommen, vor allem, weil sie nicht wie erwartet dem wirtschaftlichen System zu-

nehmender Flexibilität in allen Lebenslagen angepasst sind.

Wenn eine rot-schwarze Regierung, allen voran ihr Regierender Bürgermeister, Berlin als Hauptstadt des Tourismus und des Dienstleistungssektors rühmen und wir alle zu jeder Tages- und Nachtzeit einkaufen und Lokalitäten aufsuchen wollen, dann sind auch die meisten Berliner Jobs in diesen Dienstleistungsbereichen zu finden. Diejenigen Eltern, die in der Armutsfalle sitzen, die nicht wie gutverdienende Eltern, die auch hier in diesem Raum sitzen, einen großen Teil ihres Einkommens in zusätzliche Kinderbetreuung stecken können oder die Großeltern in der Nachbarschaft haben, brauchen besondere Unterstützung, um Zeiten zwischen Job und Kita zu überbrücken.

[Beifall bei den GRÜNEN und den PIRATEN]

Grundsätzlich ist der Antrag und der Ansatz der Piraten begrüßenswert, er ist aber nicht tiefgreifend genug. Wir haben ein gesellschaftliches Problem. Wie wollen wir leben, arbeiten und unsere Kinder gut großziehen? Wie wollen wir alle Eltern in die Lage versetzen, die große Aufgabe, ihren Kindern gerecht zu werden, zu erfüllen? Die Arbeitswelt und die Wirtschaft müssen endlich selbstverständlich familien- und kinderfreundlich werden. Wir brauchen nicht noch mehr Preise und Modellprojekte.

[Beifall bei den GRÜNEN und den PIRATEN]

Alleinerziehende Eltern könnten als Fachkräfte gewonnen werden. Da reichen aber nicht nur längere Kitaöffnungszeiten, da braucht es eine andere Verteilung von Arbeit und Zeit. Wir haben Vorschläge dazu, da können Sie in unser Wahlprogramm schauen.

[Zuruf von der LINKEN: Was?]

Die Lebenswelt eines Kindes muss auch kindgerecht sein. Mein Modell ist nicht die Entwicklung einer Wochenkrippe, wie es sie in den Fünfziger- und Sechzigerjahren gab. Kindgerecht ist es auch nicht, die Kids in einer Woche früh um 4 Uhr in der Kita abzugeben und sie dann in der nächsten Woche nachts um 23 Uhr wieder abzuholen.

Es stimmt auch nicht, wie ich vonseiten der Senatsjugendverwaltung oft gehört habe, dass es keine Bedarfe an flexibler Kinderbetreuung gibt. Für mich ist es dann aber nicht der Ort Kita, in dem die Kids noch mehr Zeit verbringen sollen – pädagogische Arbeit ist unter diesen Umständen auch gar nicht möglich –, sondern Projekte und Unterstützungen von zum Beispiel Selbsthilfeinitiativen wie SHIA müssen ausgebaut und endlich auch verbindlich und dauerhaft finanziert werden.

[Beifall bei den GRÜNEN]

Die zusätzliche Betreuung sollte meiner Meinung nach unabhängig von Kitas sein und in der Lebenswelt der Familie stattfinden, wie gesagt, wir müssen über flexible Betreuungsangebote diskutieren, aber dies muss auch über den Antrag der Piraten hinausgehen. – Danke schön.

[Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN]

### **Präsident Ralf Wieland:**

Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die Fraktion der CDU hat jetzt das Wort der Kollege Simon. – Bitte schön!

### **Roman Simon (CDU):**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir diskutieren heute den Antrag „Flexible Betreuungsangebote im Vorschulalter“, und auch ich darf den Dank aussprechen, dass die Piraten diesen Antrag zur Priorität erklärt haben.

Die CDU-Fraktion befürwortet flexible Betreuungsangebote für Kinder. Berlin soll sich nach unserem Willen – neben der Beantwortung der Frage, wie können wir unnötigen Stress bei

nicht ausreichend flexiblen Betreuungsangeboten für junge Familien reduzieren – sinnvoller-weise auch dem Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf widmen. Auch alle Vorrednerinnen und Vorredner haben sich ja mit dieser Frage befasst.

Auch deshalb heißt es im Koalitionsvertrag:

*Der Koalition ist es besonders wichtig, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu stärken. Vor dem Hintergrund des verschärften Wettbewerbs um qualifizierte Fachkräfte werden wir weiterhin für familienfreundliche Standortbedingungen sorgen.*

[Beifall bei der CDU]

Der Punkt 1 Ihres Antrags fordert den Senat zur jährlichen Analyse des Bedarfs auf. Diesen Punkt kann ich leider weder nach Ihrer schriftlichen noch nach Ihrer mündlichen Begründung so richtig nachvollziehen. Im Antrag auf einen Kitagutschein, der Anmeldung zur Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen, wird unter Punkt 3.5 abgefragt, für welchen Zeitraum der Betreuungsbedarf besteht. Das heißt, in den zuständigen Bezirksämtern weiß man sehr genau, für welchen Zeitraum ein Bedarf besteht. Nun bin ich ja sehr für Kommunikation und Informationsaustausch. Das muss passieren. Aber es muss doch auch klar sein, wer für was zuständig ist und wer was bearbeitet. Für Doppelarbeiten haben wir einfach zu wenig Personal in Berlin, hier sind die Bezirke zuständig.

[Vereinzelter Beifall bei der CDU]

Zu Punkt 2, der nicht so ganz klar formuliert ist, aber den ich so verstehe, dass jährlich der Bedarf mit dem Angebot in Tagespflegestellen und in Familienzentren verglichen werden soll, gilt das eben Gesagte zu Punkt 1.

Punkt 3 Ihres Antrags, die jährliche Prüfung zusätzlichen Bedarfs für jede Kita, dürfte nicht notwendig und auch nicht wirklich sinnvoll sein. Das Angebot insgesamt an flexiblen Betreuungsplätzen ist im Auge zu behalten. Hierfür könnte man zum Beispiel darüber nachdenken, auch den Kitabedarfsatlas um diese Komponente zu erweitern. Denn nicht an jeder Kita müssen aus Sicht der CDU-Fraktion über die regelmäßigen Betreuungsangebote hinausgehende flexible Betreuungsangebote gemacht werden.

Wir jedenfalls sehen auch die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Berliner Kindertagesstätten zum Beispiel an familienfreundlichen Arbeitszeiten. Und wir sehen die Notwendigkeit, mit öffentlichen Geldern möglichst sinnvoll und zielgenau umzugehen. Den Bedarf an jeder Kita, die Betreuungszeiten auszuweiten, sehen wir nicht, und wir halten das auch nicht für finanzierbar.

[Beifall bei der CDU]

Sichergestellt werden muss selbstverständlich, dass alle Familien, die einen Kitaplatz benötigen, einen solchen, der auch ihrem zeitlichen Bedarf entspricht, in räumlicher Nähe erhalten. Hier pflichte ich ausdrücklich den Ausführungen von Frau Graf bei. Hierfür setzen wir uns ein und freuen uns auf die weitere Diskussion in den Ausschüssen. – Vielen Dank.

[Beifall bei der CDU – Vereinzelter Beifall bei der SPD]

**Vizepräsident Andreas Gram:**

Vielen Dank, Herr Kollege Simon! – Für die Fraktion Die Linke Frau Kollegin Möller! – Bitte schön, Sie haben das Wort.

**Katrin Möller (LINKE):**

Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Präsident! Flexible Kinderbetreuung ist ein Baustein zur Gestaltung einer familienfreundlichen Gesellschaft, für die Politik und Wirtschaft gleichermaßen verantwortlich sind – natürlich auch die Bezirke, Herr Simon.

Dieser Antrag greift die seit Jahren in dieser Stadt kontrovers diskutierte Frage nach dem tatsächlichen Bedarf an flexibler Kinderbetreuung auf – den kennt nämlich keiner, da stimme ich Frau Graf zu. Hier gibt es sehr unterschiedliche Auffassungen, mehr Fragen als Antworten. Hier geht es, denke ich, für uns zuerst darum, den politischen Handlungsbedarf klar auszumachen. Es geht dabei nicht zuerst, wie dieser Antrag meines Erachtens suggeriert, um zusätzliche Plätze, zusätzliche Betreuungsstunden und Personalaufwüchse.

Im Zentrum auch der flexiblen Betreuung steht das Kindeswohl – passgenaue und andere Betreuung ist vielleicht gefragt, nicht längere oder zusätzliche. Auch sind Familienzentren, wie es hier steht, nicht für die kontinuierliche Frühförderung adäquat zu Kita oder Tagespflege gedacht, ohnehin haben wir viel zu wenige davon. So wie es der Haushaltsplanentwurf vorsieht, wird es hier wohl auch keinen bedarfsgerechten Ausbau geben. Es gibt laut Kitafördergesetz, es ist gesagt worden, die Möglichkeit der Betreuung in Kitas von 6 bis 21 Uhr oder in der Tagespflege mit besonderen Betreuungszeiten. Wer also seinen Bedarf per Gutschein im Jugendamt anmeldet, erhält auch einen Platz, sagt der Senat und sagen die Bezirke.

**Vizepräsident Andreas Gram:**

Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Delius?

**Katrin Möller (LINKE):**

Ja, bitte!

**Vizepräsident Andreas Gram:**

Bitte schön, Herr Kollege!

**Martin Delius (PIRATEN):**

Vielen Dank, Frau Kollegin! Sie haben gerade gesagt, das hat nicht notwendigerweise etwas mit Personalaufwüchsen und mehr Stunden zu tun. Wenn ich mehrere Kitas in meiner Umgebung habe, die nur bis 17 Uhr offen haben und gerade erst früh um 7 aufmachen, dann verraten Sie mir doch einmal, welche Alternativen diese Kitas haben, wenn sie flexible Betreuungsangebote für die gleiche Anzahl von Plätzen bieten wollen, außer mehr Personal und mehr Stunden.

**Vizepräsident Andreas Gram:**

Was war denn jetzt genau die Frage, Herr Kollege?

**Martin Delius (PIRATEN):**

Welche Alternativen zu mehr Personal und mehr Stunden?

**Katrin Möller (LINKE):**

Ich denke, das muss in den Bezirken tatsächlich vor Ort, in den Regionen, organisiert werden. Es geht nicht, dass alle Kitas abends längere Öffnungszeiten vorhalten oder morgens das Personal zur Verfügung stellen. Es gibt an der Stelle auch personalrechtliche Bedenken. Das muss gut durchdacht und organisiert werden. Da haben wir noch keine wirklich funktionalen Strukturen. Diese Antwort werden wir im Ausschuss finden, Herr Delius.

[Martin Delius (PIRATEN): Das hoffe ich doch!]

– Ja, ich auch. – Wer also seinen Bedarf anmeldet, bekommt auch einen Gutschein. Dieser Gutscheinbedarf ist also zählbar. Es erstaunt, dass die bisher vorliegenden Zahlen über die Inanspruchnahme recht niedrig sind, beispielsweise im Jahr 2011 Tagespflegekinder mit besonderem Betreuungsbedarf: 99, Kitakinder mit ergänzendem Betreuungsbedarf: 242 – im Vergleich zu den Zahlen der Vorjahre tendenziell kaum eine Veränderung. Was ist hier los? Wird nicht genug getan, um die Eltern auf ihre Rechte hinzuweisen? Resignieren die Menschen mit atypischen Beschäftigungszeiten und kleinen Kindern und bleiben lieber zu Hause? Gibt es zu wenig geeignete, zum Beispiel wohnortnahe Angebote? Oder haben schon alle familienfreundliche Beschäftigungsverhältnisse oder eine willige Oma oder genug Geld für ein Kindermädchen?

Fakt ist: Der Bedarf ist da. Die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes belastet Familien. Laut Familienbericht will über die Hälfte aller Eltern familienfreundlichere Arbeitszeiten und flankierend flexible Kinderbetreuung. Ein Viertel aller Beschäftigten arbeitet an den Wochenenden, jeder Zehnte nachts, jeder Fünfte der 35-Jährigen hat nur ein befristetes Arbeitsverhältnis, und in Berlin haben 93 Prozent aller Betriebe unter zehn Mitarbeitende. Wo die Wirtschaft maßgeblich durch Kleinbetriebe und Freiberufler von knallharter Konkurrenz getragen wird, findet Familienfreundlichkeit nicht statt. Hier ist eher Selbstausbeutung an der Tagesordnung.

[Beifall bei der LINKEN – Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN und den PIRATEN]

Die Frauen, die nach wie vor häufiger im Dienstleistungssektor oder in Minijobs beschäftigt sind, sind besonders betroffen. Die Höchstbelastung aber tragen Alleinerziehende – natürlich primär Frauen. Berlin hat mit 32 Prozent den höchsten Anteil an Alleinerziehenden, und dramatisch ist: Die Armutsquote in dieser Gruppe liegt bei 31 Prozent. Gerade sie brauchen also die Teilhabe am Arbeitsleben und Kinderbetreuung.

[Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Betroffene beschreiben, dass es in unserer Metropole nicht einfach ist, über private Netzwerke und Hilfesysteme verbindliche Kinderbetreuung zu organisieren. Kindermädchen können sie sich nicht leisten. An dieser Stelle zeigt sich auch das Problem der Zählung dieses Bedarfs noch einmal. Wer keinen Job hat, bekommt keinen Kitagutschein und umgekehrt: Wo es keine Betreuungsmöglichkeit gibt, gibt es keinen Job. Hier ist ein Bedarf, der nicht gezählt werden kann. Hier muss die Gesellschaft rechtzeitig vorsorgen. Wichtig ist: Auch flexible Kinderbetreuung darf nicht dem freien Markt, also dem Geldbeutel überlassen werden, sondern muss allen zugänglich sein.

[Beifall bei der LINKEN – Vereinzelter Beifall bei der SPD, der CDU, den GRÜNEN und den PIRATEN]

Zu prüfen ist, wie regelhafte und bedarfsgerechte Angebote und eine Anpassung der bestehenden Strukturen möglich sein werden, dies natürlich bei Sicherstellung der gebotenen Qualität und der Beschäftigtenrechte. Wir brauchen Aufklärung und Information der Eltern, die auch ankommt, also auch mehr Unterstützung gerade von kleinen Trägern, die diese Arbeit leisten, die gut vernetzt und nahe an den Menschen sind, die Beratung bieten oder mit Ehrenamtsprojekten kooperieren. Sie brauchen mehr Unterstützung vonseiten des Senats. Vor allem muss die Wirtschaft, müssen auch kleinere und mittlere Betriebe sich bewegen. Die ganz großen Unternehmen machen es längst vor, weil sie es sich nicht leisten wollen, ihre guten Fachkräfte zu verlieren oder ständig neue nachzuziehen. Sie wissen: Familienfreundlichkeit rechnet sich. Wir brauchen eine Verpflichtung der Wirtschaft, familienfreundliche Arbeitszeiten anzubieten, auch im mittleren und im Niedriglohnssektor. Wie das alles gehen kann, werden wir im Ausschuss

diskutieren. Darauf freue ich mich auch. – Danke schön!

[Beifall bei der LINKEN – Vereinzelter Beifall bei der SPD und den GRÜNEN]

**Vizepräsident Andreas Gram:**

Danke schön, Frau Kollegin Möller! – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Es wird die Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie und an den Hauptausschuss empfohlen. – Widerspruch höre ich nicht. Dann verfahren wir so.